Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2006

I. Darstellung des Geschäfts und der Rahmenbedingungen

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2006 mit einem positiven Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresüberschuss von 90,3 T€ ausgewiesen. Davon kommen 75,5 T€ aus dem stationären Bereich und 14,8 T€ aus dem offenen Seniorenbereich. Darin enthalten sind 820,8 T€ aus dem stationären Bereich als Neuzuführung zur freiwilligen Rückstellung für diverse Baumaßnahmen im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes sowie unabdingbar notwendiger Sanierungsarbeiten, die ihren Ursprung aus der Vergangenheit haben. Ebenfalls beinhaltet der Jahresüberschuss 107,9 T€ als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2006. Damit konnte das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 29,2 T€ (Vorjahr: 61,1 T€) verbessert werden.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2006 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von rd. 31,0 T€ (für den stationären Bereich 30,0 T€ und für den offenen Bereich 1,0 T€) aus. Tatsächlich verbesserte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 59,3 T€. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Heimgesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Heimbetreiber ständig nachzusteuern.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH nachgesteuert. Ein vereinfachtes Risikomanagement-Handbuch ist als Einstieg vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben werden die APH auch in 2007 Auszubildende zur Altenpflegerin nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz ausbilden. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums die Möglichkeit sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Gewährtes Kapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	0	4.100
Gewinnvortrag	130	0	61	191
Jahresüberschuss	<u>61</u>	<u>-61</u>	<u>90</u>	<u>90</u>
	<u>17.073</u>	<u>-61</u>	<u>151</u>	<u>17.163</u>
Rückstellungen	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Pensionsrückstellungen	1.468	0	5	1.473
Ausstehende Rechnungen	110	25	123	208
Aufwandsrückstellungen	524	200	0	324
Unterlassene Instandhaltung	77	77	821	821
Personalbezogene Verpflichtungen	163	137	142	168
Abschluss- und Prüfungskosten	54	54	54	54
Zinsen aus Investitionskosten	178	0	203	381
Altentagesstätten	<u>84</u>	<u>2</u>	<u>1</u>	<u>83</u>
	<u>2.658</u>	<u>780</u>	<u>959</u>	<u>3.512</u>

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 42,7 % (2005: 42,3%) und das langfristige Fremdkapital von 43,9 % (2005: 45,0 %).

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2006 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>
	T€	T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.237,8	-4.958,1
<u>Flüssige Mittel I. Ordnung</u>	<u>5.028,7</u>	<u>4.610,4</u>
Unterdeckung I	-209,1	-347,7
<u>Flüssige Mittel II. Ordnung</u>	<u>350,7</u>	<u>532,9</u>
Unter-/Überdeckung II	141,6	185,2
<u>Flüssige Mittel III. Ordnung</u>	<u>93,4</u>	<u>81,6</u>
Unter-/Überdeckung III	<u>235,0</u>	<u>268,9</u>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität auf der ersten Stufe gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Die Liquidität der zweiten und dritten Stufe hat sich hingegen verschlechtert. Die Liquidität weist ab der zweiten Stufe eine Überdeckung aus.

	<u>2005</u>	<u>2006</u>
	T€	T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresergebnis	61,1	90,3
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.033,0	1.078,0
Zunahme/Abnahme (-) der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	133,7	7,3
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3,3	1,2

	<u>2005</u> T€	<u>2006</u> T€
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>-36,6</u>	<u>-38,3</u>
Cash-Flow	<u>1.194,5</u>	<u>1.138,5</u>
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	45,0	847,1
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	221,6	170,5
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>-400,1</u>	<u>-592,8</u>
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>1.061,0</u>	<u>1.563,2</u>
<u>Investitionstätigkeit</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-796,5	-630,5
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>61,5</u>	<u>23,4</u>
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	<u>-735,0</u>	<u>-607,1</u>
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Darlehensaufnahmen	900,0	0,0
Darlehenstilgungen	<u>-502,1</u>	<u>-537,8</u>
Mittelzufluss/ -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>397,9</u>	<u>-537,8</u>

	<u>2005</u> T€	<u>2006</u> T€
<u>Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	723,9	418,3
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	<u>3.886,5</u>	<u>4.610,4</u>
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	<u><u>4.610,4</u></u>	<u><u>5.028,7</u></u>

III. Ertragslage

Die Pflegesätze für das Jahr 2006 wurden im März 2005 mit den Kostenträgern prospektiv verhandelt und am 02.05.2005 vom Rat der Stadt beschlossen. Die Pflegekassen halten die Pflegesätze auch weiterhin auf niedrigem Niveau. Trotzdem konnte die Betriebsleitung mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Heime und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von 6,38 % für die Laufzeit vom 01.04.2005 bis zum 30.09.2007 darstellen. Über alle Heime und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen, erhöhte sich das Heimentgelt um durchschnittlich zwischen 1,92 und 10,36 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung auch für den Wuppertaler Hof aufgegangen, durch gezielte Vorleistungen das Haus schnell zu belegen und die geforderten 98 % Belegung der Kostenträger zu erzielen. Darüber hinaus wurde eine deutlich höhere Pflegesatzerhöhung durchgesetzt. Die Erwartungen sind somit positiv. Das erzielte Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen hat dem gesamten Betrieb für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 voraussichtlich eine auskömmliche Betriebsführung ermöglicht, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level gesichert hat.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2006	2005	Abweichung	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	26.359	26.038	+321	1,3
Sonstige betriebliche Erträge	811	858	-47	-5,5
Betriebsleistung	27.170	26.896		
Personalkosten	17.103	17.039	+64	0,4
Abschreibungen	1.090	1.059	+31	2,9
Sachbedarf	7.212	7.277	-65	-0,9
Instandhaltung	1.653	1.312	+341	26,0
Betriebliche Aufwendungen	27.058	26.687	+371	1,4
Betriebsergebnis	112	209	-97	46,4
Finanzergebnis	-138	-157	19	12,1
Außerordentliches Ergebnis	116	9	107	1.188,9
Jahresergebnis	90	61	+29	47,5

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2006 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 99,20 % (Vorjahr 99,55 %) der Plätze belegt. Tendenziell waren die Altenpflegeheime im Berichtsjahr am stärksten ausgelastet. Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	101,4	-0,6
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	94	97,0	-2,1
Altenheim Vogelsangstraße	82	98,1	-0,1
Altenpflegeheim Am Diek	125	99,5	0,5
Altenheim Hölkesöhde	113	98,6	-0,9
Altenzentrum Winklerstraße	87	98,6	0,1
Altenheim Herichhauser Straße	<u>121</u>	99,3	0,5
	792		

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 459 Personen tätig, 21 Beschäftigte mehr als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 86,45 %.

Die zusätzlich Beschäftigten sind: 6 Auszubildende

- 9 zusätzliche Kräfte in der Pflege als überplanmäßig befristet eingestellte Personen für Langzeiterkrankte
- 6 neu eingestellte Personen in der Pflege

Die Mitarbeiter/-innen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2006	Beschäftigte 31.12.2005	Abweichung
Zentralverwaltung	18	17	1
Betriebsstätten (Heime)	441	418	23
Heimärztlicher Dienst	<u>-</u>	<u>1</u>	<u>- 1</u>
	<u>459</u>	<u>436</u>	<u>23</u>

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopfzahlen. Darüber hinaus stellen diese Zahlen lediglich eine Betrachtung zum jeweiligen Stichtag 31.12. der Jahre 2005 und 2006 dar.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 17.103 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	13.325 T€
Soziale Abgaben	2.706 T€
Altersversorgung	986 T€
Beihilfen und Unterstützungen	8 T€
Personalnebenkosten	<u>78 T€</u>
	<u>17.103 T€</u>

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 um rd. 64 T€ (Vorjahreszeitraum 694 T€) an. Das ist ein Anstieg von 0,38 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

- die Ausschöpfung der Stellenschlüssel;
- die zügige Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege (unmittelbare Besetzung von Stellen auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb. Parallel dazu sinken die Sachkosten für Fremdpersonal).

3. Sachbedarf

Die Aufwendungen im Bereich des Sachbedarfs verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 65,1 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- Anstieg des Energiebedarfes (69,4 T€);
- Anstieg der Aufwendungen für Lebensmittel (58,3 T€);
- Anstieg des Aufwands für den Verwaltungsbedarf (19,2 T€);
- Anstieg des Aufwands für Reinigung und sonstigen Wirtschaftsbedarf in den Einrichtungen (6,9 T€);
- Verringerung der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege (214,8 T€).

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 1.653 T€ (Vorjahr: 1.312 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (1.231 T€), die technischen Anlagen (185 T€), die Betriebsausstattung (137 T€), die Außenanlagen (64 T€) sowie für sonstige Instandhaltungen 22 T€. Für die Tagesstätten wurden 14 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

IV. Stellungnahme zu den Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Im Vorjahr wurden im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG keine Empfehlungen ausgesprochen.

V. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze weitgehend fehlt, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegeerfordernis attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden.

Die Betriebsleitung prüfte in 2006 durch APH Service GmbH, ob eine Zentralwäscherei in Betreuung durch APH Service GmbH eine wirtschaftliche Alternative zu den bestehenden dezentralen kleineren Wäschereiabteilungen in den einzelnen Einrichtung ist. Darüber hinaus wurde in die Wirtschaftlichkeitsanalyse mit einbezogen, dass die stetigen Hygieneanforderungen, die an solche kleineren Wäschereien verstärkt gestellt werden, besser umzusetzen wären. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass eine Zentralwäscherei ausschließlich für die sogenannte Flachwäsche (weiße Wäsche/Bettwäsche) keinesfalls wirtschaftlich arbeiten könne. Nur unter Einbeziehung der gesamten Bewohnerwäsche, Dienstkleidung, Gardinen, Tischdecken usw. ist ein Deckungsbeitrag zu erzielen, wobei dies einen Kraftakt darstellen würde. Vor diesem Hintergrund hat die Betriebsleitung den Gedanken eingestellt. Die Betriebsleitung wird die Flachwäsche, die derzeit von der Firma DLK fremdvergeben ist, neu ausschreiben. Der Vertrag mit der Firma DLK wurde zum 28.02.2008 gekündigt. Das Gesundheitsamt der Stadt hat bei Begehungen in einigen Einrichtungen im Bereich der Hauswirtschaft, insbesondere Wäscherei, Mängel festgestellt, die mittelfristig abzustellen sind. Dies führt zukünftig zu baulichen und investiven Maßnahmen, die abgewickelt werden müssen.

In der Herichhauser Straße wird es nach Vereinbarung zwischen APH und Feuerwehr im Bereich des Wirtschaftseingangs eine kleinere außenliegende Rettungstreppe geben. Ein Zeitplan ist abgesprochen. Zudem werden in 2007/08 im Rahmen der Hygienemaßnahmen Sanierungen erfolgen, die im Bereich von ca. 100 T€ anzusiedeln sind.

Die weitere Sanierung des Hauses B in der Neviandtstraße wurde gestoppt. Hintergrund ist die fehlende Genehmigung der Bezirksregierung zur Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH bei der Stadt Wuppertal. Alternativ werden hier Möglichkeiten gesucht, die eine Genehmigung denkbar machen. Auch hier finden derzeit Gespräche zwischen Beteiligungssteuerung, GWG und APH statt. Die Verhandlungen zwischen APH und GMW zum Thema Overheadkostenreduzierung sind weitgehend abgeschlossen. Nach den Sommerferien 2007 werden dem Betriebsausschuss die Ergebnisse vorgelegt, die in einem Vertrag festgehalten werden sollen. Die zusätzlichen Overheadkosten sind nach Auffassung der Betriebsleitung weiter hoch. Da aber zukünftig maßnahmebezogen nach den für Architekten gültigen Honorarvereinbarungen (HOAI) abgerechnet wird, sieht die Betriebsleitung derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf.

VI. Risikobericht

APH beobachten den lokalen Pflegemarkt sehr genau. Insbesondere zusätzliche Heimplätze, die durch Neu- und Umbauten in Wuppertal entstanden sind, führen dazu, dass nach dem Auslastungsmonitoring der städtischen Sozialplanung für das zweite Halbjahr 2006 die Durchschnittsbelegung der stationären Einrichtungen in Wuppertal bei 96,1 % liegt. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass durchschnittlich im zweiten Halbjahr 2006 täglich rein rechnerisch 150 Pflegeplätze nicht genutzt wurden. D. h. fast zwei Einrichtungen (1,8) waren rein rechnerisch nicht belegt. Somit besteht frühestens ab dem Jahr 2015 rein quantitativ nach derzeitiger Einschätzung Bedarf an Angebotserweiterung. Zeitgleich entstehen derzeit bzw. in den nächsten Jahren neue zusätzliche stationäre Einrichtungen. Es werden in Wuppertal derzeit und zukünftig, wenn auch nicht in demselben Maße, Betten abgebaut. Dies geschieht auf Grund notwendiger Umbaumaßnahmen und/oder Qualitätsverbesserungsmaßnahmen bei den verschiedenen Trägern. Auch APH haben und werden zukünftig im Rahmen der Anpassungen an das Landespflegegesetz NRW einige Bettplätze abbauen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass bei den APH in einzelnen Heimen Belegungsprobleme auftreten könnten.

Wie bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2004 dargestellt, sind die gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des Heimgesetzes, das zukünftig ausschließlich durch das Land geregelt wird und Auswirkungen der Reform der bevorstehenden Pflegeversicherung sowie

Auswirkungen der Gesundheitsreform noch offen.. Zudem sind die Auswirkungen von EU-Regelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie) nicht abschließend zu bewerten.

Die Betriebsleitung sieht zudem Risiken in der Umsetzung von Baumaßnahmen. Die Bezirksregierung verweigert derzeit (selbstverständlich nicht nur in Wuppertal) die notwendige Kapitalaufnahme von Trägern bei ihren Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben. Das kann, wenn z. B. eine größere Baumaßnahme ansteht, die nicht über die beschiedene Investitionskostenpauschale abgewickelt werden kann, dazu führen, dass in der betroffenen Einrichtung Leerstände produziert werden und somit ein wirtschaftliches Risiko für den Betrieb entstehen kann.

Die in 2004/05 begonnenen vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen in den Einrichtungen Neviandtstraße und Hölkesöhde, die mit Feuerwehr und Bauordnung in einem Zeitplan abgestimmt sind, werden in 2007 weitestgehend abgeschlossen sein.

VII. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,5 % auf alle Häuser gerechnet einpendeln wird. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH Ende 2007 die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abgeschlossen haben werden, kann ab 2008 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Auch dies ist eine zukunftssichernde Maßnahme. Ebenso verbessert der neue Tarifvertrag TVÖD, der seit dem 01. Oktober 2005 in Kraft ist, nach ersten Erfahrungen die Kostenstrukturen. Dies ist im Hinblick auf zukünftige Pflegesatzverhandlungen sehr wichtig. Dennoch bleibt abzuwarten wie die Tarifverhandlungen in 2008 enden. Hier kann eine deutliche Erhöhung durchaus zu so hohen Kosten führen, dass zukünftig tarifgebundene stationäre Einrichtungen defizitär werden könnten. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit ggfls. zusätzlichen Kosten im Bereich der Zusatzversorgung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst zu sehen. Des Weiteren haben sich die Tarifpartner noch immer nicht auf eine Entgeltordnung einigen können. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005) Folgekosten nach sich ziehen. Darüber hinaus ist

nicht absehbar, wie die Pflegekassen reagieren und sich bei den zukünftigen Pflegesatzverhandlungen verhalten. Für das Jahr 2007 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2007 als realisierbar an. Auch für das Geschäftsjahr 2008 sieht die Betriebsleitung ein positives Jahresergebnis für machbar, wenn die Tarifparteien moderate Tarifabschlüsse vereinbaren und die Pflegekassen vor dem Hintergrund einer anstehenden Pflegereform vergleichbare Verhandlungsergebnisse unter Einbeziehung der Tarifabschlüsse, analog der letzten Jahren, vorlegen.

Letztlich sind die in kürzester Zeit stark gestiegenen Erzeugerpreise bei Lebensmitteln, Baumaterialien sowie die dreiprozentige MWST Erhöhung kostentreibend und erschweren damit jegliches wirtschaftliche Handeln. Des Weiteren sind zukünftig niedrighschwellige Angebote in Kooperation mit Kliniken als zusätzliche Angebote und Einnahmemöglichkeiten für APH denkbar, auch vor der Einführung möglicher Budgets für Patienten und zu pflegende Menschen.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

Die einzelnen Tagesstätten werden besuchergerecht hergerichtet.

APH werden zukünftig noch stärker alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen.

Die APH werden auch zukünftig bei allen Baumaßnahmen im Instandhaltungs- und Investitionsbereich darauf achten, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen. Insbesondere sind die folgenden Baumaßnahme ab 2007 zu benennen:

Nevianttstraße	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen (ca. 250 T€)
Nevianttstraße	erste Teilsanierung der Dächer (2007/08 rd. 250 T€)
Obere Lichtenplatzer Straße	Erneuerung der Balkone am hinteren Gebäude (ca.50 T€)
Am Diek	Fassadenreparaturen und Austausch Kesselanlage (ca. 100 T€)
Hölkesöhde	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen (ca. 170 T€)

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Heimen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Einrichtungen der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen. Auch die tatsächliche Beschaffenheit der Gebäude findet keine Berücksichtigung.

Der vom Landschaftsverband Rheinland beschiedene Investitionskostensatz errechnet sich auf der Grundlage der Bettenwerte und der Anschaffungskosten der Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund kann es, wie in den Vorjahren, auch zukünftig in diesem Bereich zu Unterdeckungen kommen.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für den wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH die Position als größter Anbieter auch zukünftig erfüllen. Dabei wird der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 20.06.2007

Renziehausen
Betriebsleiter